

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/209

Bonn, den 30. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Die moralische Aufrüstung des Franz Josef Strauß Goldwater - das konservative Leitbild des "Bayern-Kurier"	52
1a	Die Welt blickt auf die Vereinigten Staaten Zur bevorstehenden Präsidentenwahl	43
2 - 4	Nach Rom - Straßburg Kommunalpolitiker fordern Aktionsgemeinschaft für ein föderalistisches Europa Von Gerhard Flämig, MdB	123
4	CDU "entdeckt" Zuspitzung der Lage im Ruhrbergbau Als ob die Christdemokraten erst seit gestern regierten	22
5	Am Kern vorbei Portugal beantragt Untersuchung seiner Rassenpolitik Von Pierre Simonitsch, Genf	44

***** Was wird de Gaulle tun ? *****

Die Ungewißheit über die weiteren Absichten des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, sowohl in der europäischen als auch in der allgemeinen internationalen Politik, haben zu zahlreicher Spekulationen in der deutschen und ausländischen Presse geführt. Unser Korrespondent in Paris, Georg Schewe, hat den Gesamtkomplex der Politik de Gaulles aus diesem Grunde analysiert. Das Ergebnis seiner Arbeit veröffentlicht der SPD-Presse-dienst in Form einer Sonderausgabe zu Beginn der kommenden Woche. Wir bitten unsere Abonnenten, eventuelle Nachbestellungen rechtzeitig anzukündi-gen.

Die Redaktion

Die moralische Aufrüstung des Franz Josef Strauß

Sympathien für Goldwater

Das konservative Leitbild des "Bayern-Kurier"

sp - Im Impressum des "Bayern-Kurier" steht als Herausgeber der Name von Dr. h.c. Franz Josef Strauß. Als Surrogat für die Darstellung eigener Leistungen wird im "Bayern-Kurier" seit einigen Monaten die moralische Aufrüstung seines Herausgebers auf dem Umweg über die Darstellung von Moral und Politik anderer Politiker vorgenommen; z.B. des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Barry Morris Goldwater.

Als man Goldwater in San Franzisko zum republikanischen Kandidaten gekürt hatte, jubelte am 25. Juli 1964 der "Bayern-Kurier" in seiner Titelzeile: "Konservative Revolution in den Vereinigten Staaten - Ausdruck einer Bewegung aus der Tiefe heraus". Die CSU-Zeitung schwelgte nicht nur in Sympathien für Goldwater, sondern übernahm gleichzeitig dessen Argumentation gegen die Demokraten Kennedy und Johnson:

"... eine eigenständige amerikanische Reaktion, konservativ und modern zugleich, auf eine sich allmählich überlebende Ära vager Linkstendenzen".

Vorschnell verwechselte der "Bayern-Kurier" die Tatsache der Nominierung Goldwaters mit dem Ergebnis der Wahlen, die am 3. November stattfinden werden.

"Tatsache ist, daß Goldwaters Erfolg von San Franzisko eine Reaktion auf den in Amerika seit Roosevelt vorherrschenden Trend darstellt. Diese Tendenz nennt man jenseits des Ozeans 'Liberal'. Ihre Gegner haben dafür den Ausdruck 'leftism'. Der Europäer würde sagen, es ist die amerikanische Verbrämung des europäischen Sozialismus, vermischt mit dem liberalen Progressismus; mit der europäischen Linken zugleich vage verwandt und von ihr ebenso verschieden wie die amerikanische Gesellschaft von der europäischen bis vor kurzem war."

Die Sympathiewelle für Goldwater ist in der Hauszeitung des CSU-Vorsitzenden niemals abgerissen. Am 1. August sah Strauß-Intimus Schmöllner Zusammenhänge zwischen den Gegnern Goldwaters und den Kritikern der deutschen Gaullisten, am 15. August war es - laut "Bayern-Kurier" - Goldwater gelungen, Johnson von der Notwendigkeit einer harten Politik in Vietnam zu überzeugen. Am Ende des Wahlkampfes in Amerika ist die CSU-Wochenzeitung nach wie vor anti-Johnson und pro-Goldwater. Am 24. Oktober schrieb im Leitartikel des "Bayern-Kurier" Carl Schmöllner:

"Der sinnlose, gewaltsame Tod des amerikanischen Präsidenten Kennedy ... zeigte bereits, wie ungut es ist, eine Politik sozusagen "nach vier Augen" auszurichten, ungedenken der Erfordernis, daß Freundschaft nicht allein zwischen zwei Leuten, sondern zwischen Völkern bestehen soll ... Diese Hinwendung auf einen einzelnen Mann übertrug man - was die Vereinigten Staaten anbetrifft - nach dem plötzlichen Tod Kennedys auf den legitimen Amtsnachfolger Johnson, den die Presse nicht allzu lange vorher noch mitleidig belächelt hatte, weil er auf seinem Europa-Trip mit Werbekugelschreibern um sich geworfen hatte."

In der gleichen Ausgabe wird Goldwater als konservative Persönlichkeit von Rang gewürdigt. Während die Weltpresse vom schmutzigsten Wahlkampf in der Geschichte Amerikas schreibt, berichtet der "Bayern-Kurier" von Goldwaters "kompromißloser Treue zu Grundsätzen, von "konservativer Besinnung und der moralischen Aufrüstung Amerikas".

Die Welt blickt auf die Vereinigten Staaten

Zur bevorstehenden Präsidentenwahl

sp - Wird der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wieder L. Johnson heißen? Die Entscheidung fällt am 3. November; und mit ihr ist dann auch einer der schmutzigsten Wahlkämpfe in der Geschichte der Vereinigten Staaten beendet. Goldwater, der Kandidat der Republikaner, wählte die Persönlichkeit des Nachfolgers von Kennedy zur Zielscheibe heftiger persönlicher Angriffe. Die Methoden, die er dabei anwandte, ließen einen schauern. Gewiß, es geht bei USA-Wahlkämpfen immer recht hemdsärmelig zu, die Kandidaten schonen sich nicht. Doch Goldwater kann für sich den traurigen Ruhm beanspruchen, diese Wahlkampagne auf das niedrigste Niveau geführt zu haben.

Für einen Bewerber um das höchste und bürdereichste Amt der freien Welt sind die Aussichten, wiedergewählt zu werden, nie so gut gewesen wie für Johnson. Die Mehrzahl der republikanischen Zeitungen befürwortete eine Kandidatur Johnsons, hat es doch sein Gegner Goldwater verstanden, Verwirrung in die Reihen seiner eigenen Partei durch die Maßlosigkeit seiner Ansprüche und Widersprüchlichkeit seiner Aussagen hineinzutragen. Goldwater stimmte im Senat gegen das von Kennedy eingebrachte, von Johnson durchgesetzte Bürgerrechtsgesetz, das den Neger in allen Bereichen Gleichberechtigung gewährt. Goldwater, Produkt eines nach rückwärts gewandten reaktionären Erzkonservatismus, möchte die soziale Entwicklung, die die Vereinigten Staaten seit dreißig Jahren durchgegangen sind und die der republikanische Präsident Eisenhower fortsetzte, um hundert Jahre zurückdrehen. Käme er zum Zuge, zöge er ins Weiße Haus, würden für die Vereinigten Staaten wieder wie zu McCarthys Zeiten eine Hexenverfolgung eintreten mit all ihren vergiftenden und lähmenden Folgen.

Es gibt einen Antikommunismus, der so wild um sich schlägt, von totaler Verkennung der wirklichen Gegebenheiten geprägt ist, wie sie das Atomzeitalter gesetzt hat, daß er geradezu gemeingefährlich ist. Goldwater, Prototyp des wildegewordenen Antikommunisten, betrachtet das Atomteststoppabkommen als ein Zeichen der Schwäche. In den Bemühungen Kennedys und seines Nachfolgers, in allen, die Existenz der Menschheit gefährdenden Fragen zu halbwegs vernünftigen Vereinbarungen mit der Sowjetunion zu kommen, erblickt er die Bereitschaft zum Verrat. Besonders uns Deutschen kommen diese Töne nicht so unbekannt vor; wir kennen sie noch aus den düsteren Jahren unserer jüngsten Geschichte.

70 Millionen Bürger der Vereinigten Staaten stehen am Dienstag der kommenden Woche vor der Wahl; das Phänomen Goldwater wird wohl am Tage danach aufhören, der Weltpresse Schlagzeilen zu liefern. Das amerikanische Volk, Führungsmacht der westlichen Welt, dürfte mit großer Mehrheit Johnson bestätigen, jenen Mann, in dessen Händen der Friede und die Sicherheit in der Welt gut aufgehoben sind.

Nach Rom - Straßburg

Kommunalpolitiker fordern Aktionsgemeinschaft
für ein föderalistisches Europa

Von Gerhard Flämig, MdB

Nach dem für die Sozialdemokratie so erfolgreichen Ablauf der Kommunalwahlen sind die Kommunalpolitiker in fünf Bundesländern damit beschäftigt, die neuen Beschlusskörperschaften zu konstituieren. Allein diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß unmittelbar nach dem VII. Europäischen Gemeindetag in Rom die Diskussion um die politischen Forderungen der europäischen Kommunalpolitiker, zumindest in der Bundesrepublik, verstummt ist. Man könnte annehmen, daß die mächtigen Kundgebungen von Rom "Für ein Europa der Völker" wie ein Strohfleuer aufloßten, um dann rasch zu verlöschen und den freien Teil dieses Kontinents wieder in das mystische Halbdunkel eines bürokratischen und technokratischen Dschungels zurücksinken zu lassen, das seit einiger Zeit die Begeisterung für die kommenden Vereinigten Staaten von Europa zu überwuchern droht.

Doch der Anschein trügt. In einigen kommunalen Spitzenverbänden, in kommunalpolitischen Vereinigungen der Parteien und in den kommunalen Verwaltungen auch unseres Landes ist man heute bereits dabei, die Ergebnisse des VII. Europäischen Gemeindetages auszuwerten. Jetzt gilt es, auf den Beschlüssen der drei Arbeitskreise von Rom aufzubauen und die thematischen Vorbereitungen für die V. Europäische Kommunalkonferenz zu treffen, die im Frühjahr 1966 in Straßburg stattfinden und Einfluß auf die Politik der Europäischen Gemeinschaften nehmen soll. Um was geht es hierbei?

Stagnation von oben - Aktion von unten !

- * "Der Aufbau Europas ist lahmgelegt. Die engstirnigen Egoisten
- * und in überholten Zuständigkeiten verhafteten nationalen Regie-
- * rungen widersetzen sich jeder Entwicklung und stellen das in
- * Frage, was so mühsam aufgebaut wurde. Europa ist in seinen demo-
- * kratischen Grundlagen und in seiner wirtschaftlichen und politi-
- * schen Unabhängigkeit ernstlich bedroht. Ohne eine mächtige Be-
- * mühung der europäischen Bürger um eine tiefgreifende Veränderung
- * der nationalen Strukturen, an die sich die Regierungen noch hal-
- * ten, könnte allenfalls ein Europa der Bündnisse beibehalten wer-
- * den, das jedem Spiel der Interessenverbindungen ausgesetzt wäre".

heißt es in der politischen Resolution des RATES DER GEMEINDEN EUROPAS, die in Rom einstimmig angenommen wurde. Die Kommunalpolitiker aus zwölf Ländern des freien Europas, insbesondere aber aus dem Raum der EWG, sind der Auffassung, daß die europäische Wirtschaftsintegration, die durch die bestehenden Gemeinschaften so glücklich angebahnt worden ist, keine Fortschritte machen kann, wenn nicht der endgültige Schritt zu einer föderativen Organisation getan wird: Schrittweise Ausdehnung der gemeinschaftlichen Zuständigkeiten auf die Gebiete der Außenpolitik, der Verteidigung und der Kultur, sowie, in naher Zukunft, die Schaffung einer europäischen Bundesregierung seien erforderlich. Eine wirklich demokratische Kontrolle müsse durch ein Parlament ausgeübt

werden, wovon eine der Kammern aus allgemeinen direkten Wahlen der Gesamtheit der Europäer hervorgehen müsse.

Der Stagnation von oben, so wird gefordert, müsse eine Aktion von unten, von den Gemeinden und ihren Bürgern her, entgegengesetzt werden. Deshalb hat der VII. Europäische Gemeindetag an die europäischen Bürger, an alle Gemeindebehörden, an die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisationen sowie an die Jugendbewegungen appelliert, um eine Aktionsgemeinschaft für ein föderalistisches Europa zu bilden.

Raumordnung nach den Belangen der Bevölkerung

Die Forderung von Rom, daß europäische Raumordnung und Regionalplanung auf j e d e r Ebene demokratisch sein müsse und nicht autoritär sein dürfe, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf der nächsten Kommunalkonferenz in Straßburg eine große Rolle spielen. Raumordnungspolitik, so wird von den Kommunalvertretern gefordert, sei sie örtlich, regional, national oder europäisch, müsse den Belangen der Bevölkerung entsprechen und dürfe nicht wirtschaftlichen Forderungen unterworfen sein. Raumordnungspolitik ebenso wie die Aktionen der verschiedenen europäischen Institutionen dürften weder geplant, ausgerichtet noch angewandt werden ohne die ständige und institutionelle Mitwirkung der Bevölkerung über ihre Gemeinden, Gemeindeverbände und in ihren freien Aktionsgemeinschaften. Nur so werde es gelingen, eine Ordnung des europäischen Wirtschafts- und Lebensraumes zu schaffen, in der mehr und mehr ein soziales Gefälle ausgeschlossen wird. Eine Voraussetzung dazu sei die kommunale Selbstverwaltung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden und in den von ihnen getragenen freiwilligen Zusammenschlüssen öffentlichen oder privaten Rechtes. Bemerkenswert ist die Forderung nach der Schaffung grenzüberschreitender Regionen, nach der Demokratisierung der Raumordnungspolitik durch die Wahl politischer Organe in den Regionen sowie die Schaffung von Raumplanungsbeiräten auf jeder Stufe, bis zur europäischen.

Auch in dieser Hinsicht sei ein europäischer Staatenbund dringend erforderlich, ausgestattet mit einem Parlament, das echte Befugnisse hat, denn "europäische Raumordnungspolitik kann nicht die Summe nationaler Raumplanungen sein". Voraussetzung für eine solche europäische Raumordnungspolitik sei aber auch eine wirksame Finanzpolitik, die den europäischen Gemeinden die Mittel in die Hand gebe, in eigener Verantwortung die raumplanerischen Forderungen und Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen.

Europäische Zentrale für Städtepartnerschaften

Breiten Raum auf der nächsten Kommunalkonferenz von Straßburg dürfte abermals die europäische Kulturpolitik einnehmen, wobei sich die Gemeinden und Gemeindeverbände als "Hort europäischen Geistes" betrachten.

Der VII. Europäische Gemeindetag in Rom erarbeitete dazu zahlreiche praktische Anregungen. Dabei wird großer Wert gelegt auf den Ausbau der Städtepartnerschaften. In Straßburg solle eine europäische Zentrale für Städtepartnerschaften geschaffen werden, die Informations- und Koordinierungsaufgaben erhalten und dafür sorgen soll, daß nicht im wesentlichen zweiseitige, deutsch-französische Kontakte hergestellt werden. Die Verschwisterungsaktionen seien auf alle Länder des freien Europa auszudehnen. Dem deutsch-französischen Jugendwerk hafteten bedrohliche bürokratische Tendenzen an, die schleunigst überwunden werden müßten. Ab sofort müsse vor allem der Europarat und besonders der

Rat für kulturelle Zusammenarbeit die Verschwisterungen ideell und finanziell unterstützen, was aus unerfindlichen Gründen bisher unterblieben sei.

Von allgemeinen Interesse dürften die Forderungen der Kommunalpolitiker nach einer verstärkten Förderung des Unterrichts in modernen Sprachen in allen europäischen Schulen und die staatliche Unterstützung von Schüler- und Familienaustausch-Programmen sein.

"Bürger Europas" - ein Ehrentitel

Nicht zuletzt kommt es darauf an, ein europäisches Bürgerbewusstsein zu schaffen. Dazu gehört auch, daß die europäischen Symbole bei jeder passenden Gelegenheit gezeigt und beispielsweise neben den Gemeindefalgen die Europafahnen gehißt werden. Selbst eine europäische Hymne und ein "Europatag", verbunden mit einem "europäischen Schultag" könnten dazu beitragen, vor allem in der Jugend das Gefühl zu erwecken, daß Europa eine Realität sei und daß es, wie Prof. Hallstein sich in Rom ausdrückte, ehrenhaft sei, sich Bürger Europas zu nennen. Europäische Studien- und Informationszentren und mehrere europäische Universitäten könnten ebenfalls dazu beitragen. - Wie schon in Rom, so dürfte auch auf der kommenden V. Europäischen Kommunalkonferenz, für die jetzt die Vorbereitungen beginnen, die Forderung erhoben werden, daß Europa Institutionen braucht, die seine Einheit wirtschaftlich und politisch dauerhaft sichern. Die Kommunalpolitiker erstreben eine Erweiterung der EWG und eine Lösung der anstehenden Probleme der Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Technik und Wissenschaft, wobei für sie folgender Grundsatz gilt: "Das erklärte Ziel des RATES DER GEMEINDEN EUROPAS ist es, unterstützt durch die europäischen Institutionen und Gemeinschaften, allen Gemeinden und Regionen zu helfen, den europäischen Geist in ihren Bereichen zu fördern und zu entwickeln, damit daraus ein Bund europäischer Staaten entstehe, aufgebaut auf der Selbstverwaltung der Gemeinden, Provinzen und Regionen."

+ + +

CDU "entdeckt" Zuspitzung der Lage im Ruhrbergbau

sp - Gelegentlich gewinnt man den Eindruck, als habe die CDU in NRW und im Bund erst gestern zu regieren begonnen. Seit Jahren bemühen sich die IG Bergbau, die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion der SPD in NRW, die Bundesregierung und die Landesregierung davon zu überzeugen, daß nur durch eine umfassende Energiepolitik Krisen im Bergbau abgefangen werden können. Vorschläge hierfür wurden entweder zerredet oder gar abgelehnt. Jetzt, da dem Ruhrkohlenbergbau das Wasser buchstäblich bis zum Halse steht, wird aus Bonn lauttönend gemeldet, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Meyers (CDU) habe dem Bundeswirtschaftsminister Schmücker (CDU) "in harter Form die Besorgnisse der nordrhein-westfälischen Christdemokraten über die Zuspitzung der Lage im Ruhrbergbau" vorgetragen. - Da kann man nur sagen: "Spät kommt ihr, doch ihr kommt" - und hinzufügen: "f r ü h e r wäre besser gewesen. Herr Meyers und Herr Schmücker brauchen nur den vor Jahren von der SED vorgelegten und von den Regierungsparteien abgelehnten Energieplan aus der Schublade hervorzuholen. Hier sind alle Möglichkeiten aufgezeigt, wie dem Bergbau geholfen werden könnte. Sollte der NRW-Landesregierung und der Bundesregierung inzwischen etwas Neues eingefallen sein - um so besser! Die SPD und die IG Bergbau würden gern gute CDU-Vorschläge zur Kenntnis nehmen."

+ + +

Am Kern vorbei

Portugal beantragt Untersuchung seiner Rassenpolitik
durch das Internationale Arbeitsamt

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die portugiesische Regierung hat in einem Brief an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes vorgeschlagen, eine unparteiische Untersuchungskommission solle sich in ihren "überseeischen Provinzen" wie im Mutterland selbst davon überzeugen, ob die in den letzten Konferenzen der IAO von den afrikanischen Vertretern vorgebrachten Beschuldigungen gegen die Rassenpolitik Portugals zutreffen. Der von 17. bis 20. November tagende Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes wird sich mit dem Angebot Lissabons beschäftigen. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Organisation die Gelegenheit beim Schopf fassen wird und eine qualifizierte Untersuchungskommission bildet, deren Mitglieder Generaldirektor Morse selbst bestimmen will. Eines der unangenehmsten Streitobjekte der letzten Zeit könnte dadurch wenigstens provisorisch abgeklärt werden.

Man weiß, daß die unabhängigen afrikanischen Staaten gemäß ihrer Resolution von Addis Abeba den Ausschluss Südafrikas und Portugals aus allen internationalen Körperschaften verlangen. Die ersten Erfolge dieser Taktik bestanden in der Sprengung der von der UNESCO einberufenen Erziehungskonferenz und der kürzlich abgehaltenen Konferenz über die Verteilung der Radiowellenlängen im afrikanischen Kontinent. Auch die Wirksamkeit der Internationalen Arbeitskonferenz wurde durch diese auf die Tagesordnung gebrachten Streitigkeiten stark beeinträchtigt und man hat bisher noch keinen tatsächlichen "Modus vivendi" finden können.

Es ist unbestreitbar, daß Portugal eine Kolonialpolitik betreibt. Diskutabel ist aber, ob diese Kolonialpolitik die Form einer Rassendiskriminierung hat, wie es die jungen afrikanischen Staaten behaupten. Das Salazar-Regime hat in diesen Belangen eine äußerst schlaue Politik ausgeklügelt. Vor dem Gesetz sind die weißen und die farbigen Bewohner der portugiesischen Besitzungen in Übersee gleichberechtigt. Der Unterschied ist nur, daß die Weißen, die übrigens keineswegs alle Portugiesen sind, in den privilegierten Stellungen sitzen und es keine legalen Mittel gibt, sie daraus zu vertreiben. Die arbeitende weiße Bevölkerung stellt sich materiell nur um ein geringes besser als die eingeborene; der Großteil der tatsächlichen Nutzniesser sitzt auf den luxuriösen Landgütern an der "Costa do Sol" bei Lissabon, wo eine Menge europäischer Adelige Zuflucht gefunden hat.

Dem Juristen muß es schwerfallen, die Rassendiskriminierung - die in Wirklichkeit eine rein soziale Diskriminierung der arbeitenden Schichten ist - zu beweisen. Dessen bewußt hat daher die Regierung in Lissabon eine Untersuchung gegen sich selbst beantragt. Es ist nicht schwer vorauszuahnen, daß sich das Ergebnis dieser Untersuchung nicht mit den im Übereifer geäußerten Beschuldigungen der afrikanischen Vertreter, denen keine realistische Analyse der gesellschaftlichen Ordnung im konservativ-faschistischen Portugal Salazars zugrunde liegt, identifizieren wird.